



Heute mit dem
Freizeitmagazin LEO

AKTUELL NOTIERT

3,4 Millionen Euro
für BASF-Chef Hambrecht

LUDWIGSHAFEN (jeu). BASF-Chef Hambrecht hat im vergangenen Jahr 3,426 Millionen Euro verdient. Das geht aus dem Finanzbericht 2006 des Chemiekonzerns hervor, der erstmals den inzwischen gesetzlich geforderten Ausweis der Vergütung für jedes einzelne Vorstandsmitglied enthält. BASF-Vizechef Eggert Voschrau erhält 2,276 Millionen Euro. Die Aufwendungen für den 2006 von acht auf neun Mitglieder aufgestockten Vorstand stiegen im vergangenen Jahr, in dem die BASF einen Rekordgewinn von 3,2 Milliarden Euro einfuhr, um 25,5 Prozent auf 19,2 Millionen Euro. Mit ihren Bezügen liegen die BASF-Vorstände hinter den Topverdienern deutscher Spitzenkonzerne. —Wirtschaft

HEUTE

Weltweit an den Börsen
kräftige Kurseinbußen

—Wirtschaft

Raschig stärkt den
Standort Ludwigshafen

—Wirtschaft

Autor mit Pfälzer Wurzeln:
John Katzenbach im Interview

—Kultur

Bayer 04 und Werder
im Uefa-Cup-Viertelfinale

—Sport

Wie eine Neustadter Drehtür
die Behörden rotieren lässt

—Südwest

Urteil: Wohnungsverkauf
kann erzwungen werden

—Zeitgeschehen

Tinnitus: Lernen, mit dem
Ohrgeräusch zu leben

—Ratgeber Gesundheit

BÖRSEN

Dax Schlusskurs	6447,70 (-176,29)	↓
Dow Jones Schlusskurs	12.133,40 (+57,44)	↑
Euro 16 Uhr, New York	1,3224 \$ (+0,0028)	↑

DAS WETTER

17° ☀️	16° ☀️	11° ☁️	12° ☁️
0° DO	-1° FR	3° SA	5° SO

RHEINPFALZ ONLINE

DIE RHEINPFALZ
im Internet
www.rheinpfalz.de



Kabinett stimmt umstrittener Unternehmensteuerreform zu

Steuersatz sinkt um knapp neun Punkte auf 29,83 Prozent – Kritik vom DGB

► BERLIN (rod/rhp). Das Bundeskabinett hat gestern die Reform der Unternehmenssteuer verabschiedet. Demnach soll die Steuerlast für Kapitalgesellschaften ab 2008 von derzeit 38,65 auf 29,83 Prozent der zu versteuernden Gewinne gesenkt werden. Die Reform bringt den Unternehmen netto eine Entlastung von fünf Milliarden Euro bei voller Wirkung aller Maßnahmen.

Finanzminister Steinbrück (SPD) verteidigte den Gesetzentwurf gestern gegen Kritik auch aus den eigenen Reihen. Die Entlastung sei kein Steuerertrag an die Firmen, sondern sichere Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit. Da die von den Unternehmen zu zahlende Gegenfinanzierung erst zeitverzögert greift, wird die Steuerreform Bund, Länder und Gemeinden 2008 knapp 6,5 Milliarden Euro kosten. Dieser Betrag wird nach den Berechnungen des Bundesfinanzministers

inm Jahr 2010 auf rund 6,8 Milliarden Euro steigen, bevor er dann ab dem darauffolgenden Jahr sinkt.

Nach dem jetzt vorgelegten Gesetzesentwurf wird es ab dem Jahr 2009 ferner eine Abgeltungssteuer in Höhe von pauschal 25 Prozent auf alle Kapitaleinkünfte geben, also auf Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne. Die Steuer wird von den Banken einbehalten und an den Fiskus abgeleitet. Laut Steinbrück bleibt der Sparerfreibetrag erhalten.

Die Bundesregierung will künftig auch eine Zinsschranke einführen. Mit diesem neuen Instrument will sie verhindern, dass international operierende Konzerne ihre Gewinne in Ländern mit niedrigeren Steuersätzen versteuern, zugleich aber hohe Zinsen als Auslandskredite hier zu Lande steuer-

mindernd geltend machen. Da eine Freigrenze in Höhe von einer Million Euro festgesetzt wurde, geht die Bundesregierung davon aus, dass nur Großkonzerne betroffen sind.

Bei der Opposition, SPD-Linken und Gewerkschaften hat die Reform Kritik ausgelöst. Der DGB nannte sie sozial ungerecht und sprach von einer Umverteilung von unten nach oben. IG-Metall-Chef Peters sagte, bei hohen Gewinnen und vollen Auftragsbüchern den Unternehmen Geld nachzuschmeißen, sei absurd. Der Sprecher der SPD-Fraktionslinken, Rossmann, wird mit den Worten zitiert: „Die Mehrwertsteuer wurde von uns nicht um drei Prozent erhöht, um jetzt mit dem Geld Konzerne in Milliardenhöhe dauerhaft zu entlasten. Das widerspricht sozialdemokratischen Wertvorstellungen.“

—Kommentar, Hintergrund: Seite 2

Köhler richtet Botschaft an Entführer

Irakische Geiselnahmer sollen Mutter und Sohn „umgehend freilassen“

► BERLIN (ddp). Bundespräsident Horst Köhler hat sich in einer Video-Botschaft direkt an die Geiselnahmer der beiden in Irak entführten Deutschen gewandt und sich für deren Freilassung eingesetzt.

In der gestern Nachmittag in der ARD erstmals ausgestrahlten Mitteilung, die zeitgleich auch dem arabischen Sender Al Jazeera zur Verfügung gestellt wurde, forderte Köhler die Geiselnahmer auf, die vor fünf Wochen entführte 61-jährige Frau und deren Sohn „umgehend freizulassen“. Der Bundespräsident betonte: „Es gibt kein politisches Ziel, das die Entführung oder die Tötung unschuldiger

Menschen rechtfertigt. Keine Religion erlaubt ein solches Verhalten.“

Die Entführer hatten am Wochenende gedroht, die Geiseln zu töten, falls die Bundeswehr ihre Soldaten aus Afghanistan nicht binnen zehn Tagen abziehe. Köhler sagte in seiner gestrigen Video-Botschaft weiter: „In Irak ist schon zuviel unschuldiges Blut vergossen worden. Halten Sie ein! Geben Sie die Geiseln ihren Familien zurück.“ Die Frau und ihr Sohn waren am 6. Februar in Bagdad verschleppt worden. Beide leben bereits seit vielen Jahren in Irak. Die Frau ist angeblich mit einem irakischen Arzt verheiratet. Der Sohn soll im irakischen Außenministerium tätig gewesen sein.

Auch der Islamrat für die Bundesrepublik setzt sich für die entführten Deutschen ein. Der Ratsvorsitzende Ali Kizilkaya appellierte gestern in einem Interview an die Geiselnahmer, die beiden Deutschen „so schnell wie möglich freizulassen“. Derartige Gewalttaten seien aus islamischer Sicht nicht zu rechtfertigen. Sie dienten auch „keiner Sache“. Kizilkaya betonte, er könne sich nur schwer vorstellen, dass die Tat einen islamischen Hintergrund habe.

Die Geiselnahmer hatten sich in ihrem per Video gestellten Ultimatum als Mitglieder einer Gruppe mit dem Namen „Pfeile der Rechtschaffenheit“ bezeichnet.

„Der Klimawandel kommt Deutschland teuer“

Wirtschaftsforscher rechnen mit Schäden in Höhe von 800 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050



Nur wenige Branchen und Regionen in Deutschland profitieren laut DIW vom Klimawandel. Mit dabei: der Nordsee-Tourismus. —FOTO: AP

► BERLIN (rtr/ap/blt). Der Klimawandel wird einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge in Deutschland bis zum Jahr 2050 volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von fast 800 Milliarden Euro verursachen, wenn jetzt keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen getroffen werden.

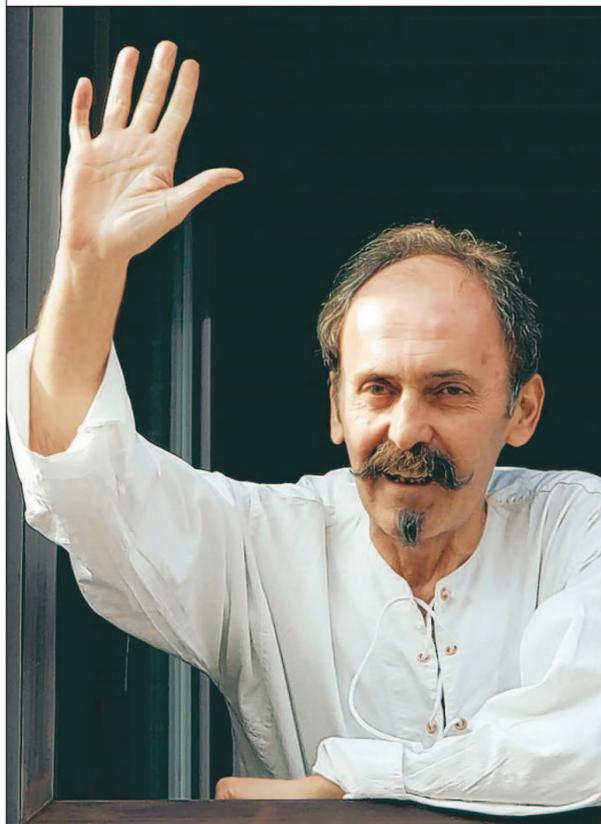
Der Klimawandel werde, sollte er ungebremst weitergehen, in den kommenden rund 50 Jahren in Deutschland durchschnittlich zu realen gesamtwirtschaftlichen Wachstumseinbußen von bis zu 0,5 Prozentpunkten pro Jahr führen, prognostiziert die Autorin der Studie, Claudia Kemfert. Abgesehen von Ausnahmen wie dem Tourismus an den norddeutschen Küsten würden fast alle Wirtschaftszwei-

ge unter dem Temperaturanstieg leiden. Die höchsten Anpassungskosten werden energieintensiven Branchen wie Metallerzeugung und Chemie vorausgesagt. Denn Energie, so das DIW, werde durch die Folgen des Klimawandels deutlich teurer: Den Kraftwerken – auch Kernkraftwerken – fehlt bei Wasserknappheit das Kühlwasser; der Ölpreis ist durch Wirbelstürme erheblichen Preissprüngen ausgesetzt.

„Vor allem für börsennotierte Unternehmen wird der Klimawandel eine wichtige Rolle spielen“, stellt Kemfert fest. Die Anleger würden genau prüfen: Ist ein Unternehmen vom Klimawandel betroffen? Oder ist es sogar ein Mitverursacher?

Die DIW-Wissenschaftlerin kritisierte, derzeit herrsche beim Thema Kli-

Donald Klein wieder daheim



Nach fast 16 Monaten Haft in Iran ist der Pfälzer Donald Klein wieder zu Hause in Lamsheim. „Alles in Ordnung. Mir geht's gut“, sagte Klein zu den wartenden Journalisten, denen er sich gestern am Fenster seines Hauses in Lamsheim kurz zeigte. Der 53-Jährige war am frühen Morgen auf dem Frankfurter Flughafen gelandet, wo ihn seine Familie und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in Empfang nahmen. Ein Sprecher des

Berliner Ministeriums sagte der RHEINPFALZ, dass die iranischen Behörden das Ausreisevisum überraschend schnell erteilt hätten. Nachdem Klein am späten Dienstagmittag das Visum bekommen hatte, sei es dank der guten Zusammenarbeit mit der Lufthansa gelungen, ihm einen Platz in der nächsten Maschine zu sichern, die gestern morgen um 3 Uhr (Ortszeit) in Teheran startete. (rhp/au/Foto: ddp) —Seite 3

Lausangriff rechtens

► KOBLENZ (kad). Die akustische und optische Wohnraumüberwachung, wie sie nach dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz des Landes Rheinland-Pfalz erlaubt ist, verstößt nicht gegen die Landesverfassung. Dies hat der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in Koblenz gestern entschieden. Ein Binger Rechtsanwalt hatte Verfassungsbeschwerden eingeleitet, weil er die Auffassung vertrat, diese Form des Lausangriffs zum Zwecke der Gefahrenabwehr verstoße gegen das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Im Gegensatz zu den Bestimmungen auf Bundesebene, die über eine Grundgesetzänderung legitimiert worden seien, fehle eine entsprechende Änderung der Landesverfassung. Die Koblenzer Richter folgten der Auffassung des Rechtsanwalts in keinem Punkt. (AktENZEICHEN: VGH B 1/06) —Südwest

ZWISCHEN RHEIN UND SAAR

Herzog nächste Woche wieder in Trier

Nach Rückkehr aus Ruanda erneut mit „koordinierenden Aufgaben“ betraut

► TRIER/MAINZ (jüm). Gerhard Herzog wird voraussichtlich Anfang nächster Woche auf seinen alten Arbeitsplatz bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier zurück kehren. Dies bestätigte eine ADD-Sprecherin auf Anfrage.



Keht nach Trier zurück: Gerhard Herzog. —ARCHIVFOTO: VIEW

Herzog war zunächst von der Landesregierung ins rheinland-pfälzische Partnerland Ruanda geschickt worden, um unter anderem die Wirtschaftskontakte zu koordinieren, wie es hieß. Dass er dafür eine monatliche Zulage zu seinem Gehalt von 3800 Euro bekommen sollte, löste einen Proteststurm vor allem bei jenen Bürgern aus, die sich seit Jahren ehrenamtlich für die Partnerschaft engagieren. Daraufhin wurde der

60-jährige frühere FCK-Manager wieder zurückbeordert. Gestern beschloss der Fall den Mainzer Landtag.

Gerhard Herzog werde erneut im Referat „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Presse und Öffentlichkeit“ mit „koordinierenden Aufgaben“ betraut, so die ADD. Zu seinem Arbeitsgebiet werde es wieder gehören, für Lehrer, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr im Schulunterricht eingesetzt werden können, eine Beschäftigungsalternative in der öffentlichen Verwaltung zu finden. Außerdem solle Herzog darauf achten, dass Anfragen des Bürgerbeauftragten an die Trierer Behörde bearbeitet und fristgemäß beantwortet werden.

—Leitartikel Seite 2, Südwest